



Berner Politik

Unsere Demokratie lebt vom Mitreden

Martin Candinas*
über den Alltag als Politiker
und kommende
Abstimmungen



Als Nationalrat verbringt man viele Stunden im Bundeshaus – in Kommissionssitzungen und Sessionen. Daneben engagiere ich mich als Verbandspräsident, Verwaltungsrat und in verschiedenen Stiftungen und Organisationen. All diese Erfahrungen führen mir immer wieder vor Augen, wie wichtig es ist, dass politische Entscheidungen mit dem Alltag der Menschen verbunden bleiben.

Nach der Herbstsession reiste ich nach Rom zur Schweizergarde. Während mehrerer Tage durfte ich – in meiner neuen Funktion als Präsident der Stiftung der Päpstlichen Schweizergarde im Vatikan – einen einmaligen Blick hinter die Kulissen des Vatikans werfen und der Vereidigung von 27 neuen Gardisten beiwohnen. Seit über 500 Jahren leisten unsere Gardisten mit unerschütterlicher Treue ihren Dienst zum Schutz des Papstes. Ihre Disziplin und Hingabe beeindruckten mich zutiefst. Sie verkörpern Schweizer Werte und sind hervorragende Botschafter unseres Landes. In unserem Stiftungsrat arbeiten alle ehrenamtlich und mit

grosser Überzeugung, um die rund 135 Gardisten nicht nur ideell, sondern jährlich mit fast einer Million Franken finanziell zu unterstützen. Auf Einladung der Bundespräsidentin durfte ich zudem am Papstbesuch teilnehmen.

Zurück zum politischen Alltag in Bern – und zur nächsten Möglichkeit für Schweizerinnen und Schweizer, mitzubestimmen: Am 30. November kommen zwei Volksinitiativen zur Abstimmung. Die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» tönt auf den ersten Blick verlockend, ist aber brandgefährlich. Das Ziel, den Klimaschutz zu stärken, kann man unterstützen – nicht jedoch mit einer 50-prozentigen Bundeserbschaftssteuer auf Nachlässe über 50 Millionen Franken. Eine solche Steuer würde die Attraktivität der Schweiz massiv gefährden. Viele Unternehmen und Vermögende würden abwandern – mit der Folge, dass am Ende weniger Steuern eingenommen würden, nicht mehr. Unsere Familienunternehmen sichern Arbeitsplätze und Wohlstand. Genau sie wären die grossen Verlierer dieser Initiative. Experimente dieser Art in wirtschaftlich unsicheren Zeiten fahrlässig und falsch. Umso mehr, weil dem Bund schon heute rund zwei Milliarden Franken pro Jahr für Klimaschutzmassnahmen zur Verfügung stehen. Darum ein klares Nein zu dieser Initiative – für eine starke, nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Schweiz.

Auch die Service-citoyen-Initiative klingt sympathisch, schießt aber am Ziel vorbei. Die Wehrpflicht für Männer ist kein Auslaufmodell, sondern eine tragende Säule unserer Landesverteidigung. Sie stellt sicher, dass die Armee genügend Personal erhält – gerade in Zeiten globaler Unsicherheit. Eine allgemeine Dienstpflicht mit Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Diensten würde den militärischen Auftrag schwächen. Sicherheit darf nicht vom «Lustprinzip» abhängen. Zudem ist es kein Fortschritt, Frauen zu einer zusätzlichen Dienstpflicht zu zwingen. Gleichstellung bedeutet gleiche Chancen, nicht gleiche Pflichten. Frauen leisten bereits enorm viel für Familie und Gesellschaft. Die Umsetzung der Initiative wäre teuer, bürokratisch und unrealistisch. Sie schafft falsche Erwartungen und gefährdet das, was funktioniert. Darum stimme ich auch hier aus tiefer Überzeugung Nein – für eine starke Armee und ein funktionierendes Milizsystem.

Das Schöne an unserer Demokratie ist, dass jede und jeder mitbestimmen kann. Es ist wichtig, dass die politischen Debatten nicht nur im Bundeshaus stattfinden. In diesem Sinn freue ich mich auf einen spannenden Abstimmungssonntag am 30. November – und auf engagierte Diskussionen bis dahin.

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.